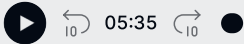


RP+ Bundestagsmitglied spricht mit Bergbaubetreiber

Politikerin fordert Fonds für Bergschäden

Niederrhein · Die Grünen-Politikerin Antje Grothus sprach mit Betroffenen über den Salzbergbau am Niederrhein. In Rheinberg und Alpen schaute sie sich mögliche Bergschäden an. In Xanten informierte sie sich über Risiken für den Dom.



1.0x

Diese Audioversion wurde künstlich generiert. [Mehr Infos](#) | [Feedback senden](#)

10.12.2025, 13:43 Uhr · 4 Minuten Lesezeit



Antje Grothus vor dem Xantener Dom: Die Grünen-Politikerin sprach auch mit dem Dombauverein über die möglichen Folgen des Salzabbaus auf den Dom.

Foto: Jürgen Kappel

Von Jürgen Kappel

Sie sei auf Kohle geboren, stellt sich Ante Grothus vor und unterstreicht mit diesen Worten ihre langjährige Verbundenheit zur Bergbauregion. Grothus macht eines sofort klar: Bergbausicherheit sei kein Thema, für das sich einzelne Parteien profilieren dürften. Überparteilich müssten sich alle politischen Kräfte um das Thema kümmern, denn hier gehe es schließlich um die von Bergbauschäden betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Und sie stehen auch im Mittelpunkt der Tour, die Grothus an diesem Tag im Dezember startet. Es ist nicht das erste Treffen mit betroffenen

Menschen. Bereits im Frühjahr 2024 hatte sie sich nach einer Besichtigung des untertägigen Salzabbaus mit Betroffenen am Niederrhein ausgetauscht.

Grothus hat den 4. Dezember, den Barbaratag, in diesem Jahr bewusst gewählt. Die Heilige wird in der katholischen Kirche als Schutzpatronin der Bergleute und Mineure verehrt. An diesem Tag besucht Grothus vor einer Podiumsdiskussion verschiedene Stationen im Salzabbaugebiet. Mit Anwohnern tauscht sie sich in und an betroffenen Immobilien in Borth, Menzelen und Büderich aus. Sie besucht die bergschadensbetroffene Kirche in Menzelen und führt ein Gespräch mit dem Dombauverein Xanten und der Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigter über die geplante Erweiterung des unterirdischen Salzbergbaus und die Klagen, die gegen die Genehmigung durch die Bergbehörde eingereicht worden sind.

INFO

Grünen-Sprecherin für Bergbausicherheit

Zur Person Die 61-jährige Grünenpolitikerin Antje Grothus ist in Bochum geboren worden. Sie verbrachte ihre Jugend in Duisburg. Sie engagierte und engagiert sich für die Umwelt im rheinischen Braunkohlegebiet und gegen die Rodung des Hambacher Forstes. Seit 2022 ist sie Mitglied des Landtages. Sie ist Sprecherin ihrer Fraktion für Bergbausicherheit und im Landtag Vorsitzende des Unterausschusses Bergbausicherheit.

Konzernposition Auf einer Tagung im Juli 2025 in Wesel verteidigte K+S die Pläne für einen weiteren Salzabbau zwischen Xanten, Sonsbeck, Alpen und Rheinberg. Die Genehmigung des Rahmenbetriebsplans durch die Bergbehörde ermögliche den Abbau „für die nächsten Jahrzehnte“, „schwere Bergschäden“ seien dadurch nicht zu erwarten, auch nicht in einem „Worst-Case-Szenario“, sagte Jürgen Choné, Leiter des Salzbergwerks in Borth. Der Kreis Wesel hatte zum „Runden Tisch“ zum Salzabbau eingeladen gehabt.

Sie erfährt, dass es nach Ansicht der Betroffenen schon heute zahlreiche Bergschäden durch den Salzabbau gibt. Zum Beispiel klagen sie, dass am Marktplatz in Borth viele Häuser und Straßen betroffen seien, dass in einem Ort die Gasleitung ständig undicht sei und immer wieder repariert werden müsse. Sie hört, dass die Bürger wohl immer wieder auch entschädigt würden, aber nur auf dem Wege eines „Gentlemen Agreements“, einer Entschädigung, die keinerlei Rechtssicherheit beinhalte, wie sie berichten. Sie lässt sich erklären, dass es für einzelne Bürger sehr schwierig sei, Entschädigungen im Einzelfall für sich zu erstreiten, weil es viel Geld koste, sich einen Anwalt zu leisten und noch schwieriger, einen unabhängigen Sachverständigen zu beauftragen. In der Kirche in Menzelen zeigt ihr Pfarrer Dietmar Heshe die Schäden, die nach seiner Auffassung an der Kirche durch den Salzabbau entstanden seien. Ein Bürger der Xantener Norbertstraße berichtet der Abgeordneten, dass er immer wieder die Sprengungen im Salzbergbau in seinem Haus mitbekomme, weil dann die Gläser in seinen Schrank klirrten.

Im Gespräch mit dem Dombauverein Xanten erfährt sie von den großen Sorgen, die sich der Vorstand des Vereins um das denkmalgeschützte Kulturgut macht. Johannes Schubert, Leiter der Dombauhütte, berichtet von einem Messsystem, in das 27 Messpunkte zusammengefasst sind. Dieses System liefere regelmäßig Daten über Bewegungen, jedoch nur solche, die vom Boden ausgingen, nicht von Bewegungen in den Verstreibungen. Bei diesem Treffen kommt es auch zu einem Schulterschluss mit der Bürgerinitiative von Salzbergbaugeschädigten, die über eingereichte Klagen berichten.

Die Bergbehörde hat am 9. April 2025 die von K+S beantragte Erweiterung des Rahmenbetriebsplans genehmigt. Die K+S AG, früher Kali und Salz AG, mit Sitz in Kassel, ist ein börsennotiertes deutsches Bergbauunternehmen mit den Schwerpunkten Kali- und Salzförderung. Zuvor hatte es mehr als 2000 private und zahlreiche institutionelle Einwendungen gegen den Planfeststellungsbeschluss gegeben. Gegen diesen Beschluss sind sieben Klagen von 14 Klagenden erhoben worden – die Klagen haben keine aufschiebende Wirkung. K+S verfügt über einen genehmigten Hauptbetriebsplan bis 31. Dezember 2028, der auf die Bereiche des neuen Rahmenbetriebsplan erweitert wurde. Zu den

Klägern zählen die Kommunen Xanten, Alpen, Rheinberg und Sonsbeck, der Deichverband Duisburg-Xanten und das Kommunale Wasserwerk (KWW), sowie der Dombauverein St. Viktor und das St.-Josef-Hospital in Xanten, die Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigter, zwei katholische Kirchengemeinden, eine Ordensgemeinschaft, die Firma Lemken und ein Privatkläger. Grothus begrüßt, den Mut zu klagen, wie sie sagt. Denn wer Mut zeige, mache Mut, zitiert sie ein Wort Adolf Kolpings.

Die Klagebegründungen liegen mittlerweile bei Gericht vor, eine Klageerwiderung von K+S wird circa Ende Januar 2026 erwartet. Grothus wünscht sich mehr unabhängige Zahlen, Daten und Fakten, kurzum mehr Transparenz von dem Salzbergbau treibenden Unternehmen. Sie fragt sich darüber hinaus, warum ausgerechnet in einer Gegend Salz abgebaut werde, wo vom Rhein und den Altrheinarmen Muldenbildungen ausgehen. Die Senkungsbereiche seien doch bekannt, sagt sie. Was wäre, wenn sich in den geschlossenen Zwischenräumen größere Senkungsbereiche bildeten. Sie fordert nach den vielen Gesprächen einen Fonds durch insolvenz sichere Rücklagen, der die Ewigkeitsschäden regelt – ähnlich wie im Kohlebergbau. Die Firmen sollen ihrer Auffassung nach für die Schäden einzelner einstehen. Schäden, die an Gebäuden und der Umwelt entstehen könnten. Sie begrüßt es, dass so viele Klagen erhoben worden sind. Weil nur dadurch Präzedenzfälle geschaffen werden könnten. Was auch wieder Mut mache.

(jkap up)

RP+

Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel mit bis zu 10 Freunden teilen 📺

Link kopieren